

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulkommission und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Montag abends für den folgenden Tag. Der Belegpreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1 Mk. 80 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 67 Pfg., vierteljährlich 1 Mk. 2.-, am Postkassett abgeholt 1 Mk. 80 Pfg.; durch die Post frei ins Haus vierteljährlich 2 Mk. 22 Pfg.

Bestellungen werden angenommen in der Geschäftsstelle Altmarkt 15, sowie bei den Zeitungsboten in Stadt und Land, ebenso auch bei allen Postanstalten. — Nummer der Zeitungsliste 6587. — Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 5gepalte Grundzeile (Zm. Maße 25) oder deren Raum 18 Pfg., örtliche Anzeigen 12 Pfg., Reklameteil (Zm. Maße 17) 40 Pfg., die 3gepalte Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gepaltene Zeile 40 Pfg. — Beilagen: Das Tausend Mk. 7.-, Erfüllungsort Bischofswerda.

Die Ueberreichung der amerikanischen Antwortnote.

Die Note der amerikanischen Regierung, die ja durch Reuters in ihren Hauptzügen bereits bekanntgegeben ist, traf erst am Mittwoch morgen auf der amerikanischen Botschaft in Berlin ein. Sie wurde dort sofort beschliffert und der Botschafter Gerard hat sie am Mittwoch mittag dem Staatssekretär von Jagow überreicht.

Berlin, 10. Mai. Am 11 Uhr nachmittags begab sich heute Botschafter Gerard ins Auswärtige Amt, um dem Staatssekretär v. Jagow die amerikanische Note zu überreichen. Die Unterredung, die sich an die Ueberreichung der Note zwischen Herrn Gerard und dem Staatssekretär von Jagow angeschlossen, dauerte nahezu eine Stunde. Erst gegen 2 Uhr sprach der Botschafter in sein Palais zurück.

Berlin, 11. Mai. (Privattele.) Die am Mittwoch nachmittag von dem amerikanischen Botschafter Gerard überreichte Note liegt jetzt auch in deutscher Uebersetzung vor. Es zeigt sich, daß die Reutersche Uebersetzung in der Hauptsache genau war, daß nur vielleicht in einem Punkte Reuters sich hat eine kleine Fälschung zu Schulden kommen lassen, indem er an einer Stelle anstatt des Wortes „Unterseebootspolitik“, wie es die amerikanische Note braucht, „Unterseebootkrieg“ setzt, um dadurch gewissermaßen indirekt die deutsche Regierung auf die englischen Wünsche festzulegen, während die Amerikaner die Form unserer Unterseebootführung nicht berühren. Ob von deutscher Seite eine Beantwortung der Note erfolgen wird, darüber sind Beschlüsse noch nicht gefaßt worden.

Eine halbamtliche Stellungnahme zum Reutersbericht.

Leipzig, 10. Mai. (B. S. L.) Die „Leipziger Ztg.“ meldet aus Berlin: Wenn der amtliche Wortlaut auch noch nicht bekannt ist, so darf von der durch Reuters Bureau verbreiteten Fassung angenommen werden, daß sie über die Stellungnahme der Washingtoner Regierung zur deutschen Mitteilung in Sachen des Unterseebootkrieges jedenfalls nicht mehr sagt, als die Note tatsächlich enthält. Man kann daher auch aus der nichtamtlichen Fassung schließen, daß der Zweck des deutschen Vorgehens erreicht ist, d. h. daß ein Bruch der Beziehungen nicht erfolgen werde. Die am Schluß der amerikanischen Rückäußerung angehängte rechtsphilosophische Betrachtung ist sachlich minder wichtig, da in der deutschen Note gar keine Bedingungen gestellt waren. Was den in der amerikanischen Note erwähnten Verzicht auf den Unterseebootkrieg, wie er am 4. Februar 1915 angekündigt wurde, anlangt, so ist darin festzuhalten, daß das deutsche Zugeständnis dahin geht, daß der Unterseebootkrieg künftig allgemein, also auch im Kriegsgebiet um Grobhorizonten herum, in der Form des Kreuzerrieges geführt werden soll.

„Wenn Deutschland nicht folgt —“

London, 10. Mai. (B. L. B.) Die „Times“ erfährt aus Washington: Die Anhänger des Präsidenten Wilson erklärten, wenn die mit Deutschland vereinbarten Bedingungen nicht eingehalten würden, so würde ein Bruch ganz automatisch folgen. Die Presse stimmte im allgemeinen dieser Auffassung zu.

Stimmen der Berliner Presse zu der Antwort Wilsons liegen bis jetzt nur wenig vor. Wir verzeichnen nachstehend die Ausführungen der „Post“, welche unter der Überschrift: „Der Eisestritt“ u. a. schreibt:

„Schweigen hätte Herrn Wilson besser angestanden, als der deutschen Regierung diese Note ins Gesicht zu werfen, denn dieses jüngste und vorerst wohl letzte Schriftstück zum deutsch-amerikanischen Streitfall beweist nur, daß das amerikanische Volk in den Dingen der Weltpolitik durch einen Mann vertreten ist, der es nicht versteht, einen politischen Erfolg mit Gemessenheit zu verzeichnen und Haltung dabei zu bewahren. Immerhin mag uns der ganze erste Teil der amerikanischen Antwort, so hochtragend er klingt, nicht sonderlich bewegen; auch dieser Bissen des sauren Apfels muß

hinunter; auf das sachliche Ergebnis fällt schließlich das Hauptaugenmerk: die Beziehungen zwischen der Union und Deutschland sind notdürftig gestiftet. Weitau empfindlicher trifft der zweite Teil der Wilsonschen Erwiderung das deutsche Gefühl, jener Teil, der Antwort auf die deutsche Forderung eines amerikanischen Vorgehens gegen England gibt. Hier fällt Wilson vom Lehrhaften völlig ins Überhebliche, fast ins Zynische. Mit brutaler Deutlichkeit geht Wilson schon heute höhnisch über die deutschen Wünsche hinweg. „Um jedes mögliche Mißverständnis zu vermeiden“, erklärt der amerikanische Präsident, „tut die Regierung der Vereinigten Staaten der kaiserlichen Regierung zu wissen, daß sie sich keinen Augenblick auf die Idee einlassen, geschweige sie erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebehörden irgendwie oder im geringsten Maße von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werden sollte.“ Wir sehen also, daß durch die deutsche Schlussklausel nur von neuem der Zustand geschaffen werden könnte, dem die deutsche Regierung gerade um jeden Preis aus dem Wege zu gehen wünscht; und gleichzeitig werden wir uns voll bewußt, daß unter den gegebenen Umständen eben diese ganze Schlussklausel wohl besser weggeblieben wäre, da sie augenscheinlich doch nur beim deutschen Volke den Eindruck der Entschlossenheit machen sollte, ohne nach draußen hin irgendwie durchzuschlagen. Wenn das deutsche Volk keine Laten sieht, braucht es auch keine Worte. Wie wenig aber eine Wirkung nach außen hin tatsächlich erzielt wurde, dafür lesen wir jetzt den Beweis; nur noch einen besonderen Hieb Wilsons, den wir nicht parieren können, hat uns das klugvoll hingeworfene Wort eingebracht! — Indessen bleibt durch diese Betrachtung die Tatsache unberührt, daß der Ton des Wilsonschen Spruches, der mit nachlässiger Eilefertigkeit wie aus dem Handgelenk an die deutsche Regierung adressiert wurde, Anstoß in Deutschland erwecken muß. Sachlich konnte Amerika wahrhaftig zufrieden sein, und war es auch. Den Ausdruck dieser Zufriedenheit nun mit offenem Hohn würzen, heißt jeden Sinnes für die Formen erlangen, in denen sich der Verkehr bislang befreundeter Kulturvölker erledigen müßte. Kurzum, — es war ein schlechtes Stück, Herr Wilson, den Gegner, der den Willen zu äußerstem Entgegenkommen bewiesen hat, schließlich noch zynisch zu verlegen! Die Antwort dafür, die auf dem Papier zu geben uns nicht mehr ansteht, wird im Herzen des deutschen Volkes lebendig stehen bleiben!“

Köln, 10. Mai. (Privattele.) Die „Kölnische Ztg.“ führt zu der amerikanischen Antwortnote aus: Trotz Wilsons Weigerung, die Dinge im Zusammenhang zu sehen, ändere seine Antwort nichts an der deutschen Erklärung, wonach für uns ein ganz enger Zusammenhang zwischen Englands völkerrechtswidriger Blockadepolitik und unserem Laubbootkrieg besteht.

Neutrale Pressestimmen.

Bern, 10. Mai. (B. L. B.) „Neue Züricher Zeitung“ und „Züricher Post“ begrüßen es in der Besprechung der Antwort Amerikas lebhaft, daß die Neutralen überall über die Lösung des Konfliktes aufatmen werden. Die Zeitung betont, daß ein Bruch das schwerste Unglück für die Neutralen und auch vielleicht für die Bivertbandsländer (!) bedeuten würde. Die „Post“ weist darauf hin, daß man in Deutschland mit peinlichen Empfindungen neuerdings aus der Antwort werde schließen können, daß die amerikanische Neutralität sich auch bei dieser Gelegenheit in ihren Wirkungen als durchaus ententefreundlich erweise. Darf man hoffen, schließt das Blatt, daß die Vernunft, welche hier siegte, endlich auch dem Krieg in seiner Gesamtheit ein Ende machen wird.

Eine Erklärung des Staatssekretärs Lansing.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Reuters erfährt aus Washington: Nach Veröffentlichung der Note an Deutschland veröffentlichte Staatssekretär

Lansing eine Erklärung, daß der größte Teil der Note Deutschlands von Dingen handle, die die Vereinigten Staaten mit Deutschland nicht besprechen könnten. Der Hauptinhalt der Note sei der, daß Deutschland dem Wunsche Americas zustimme, und daß, solange Deutschland sein Versprechen halte, für die Vereinigten Staaten kein Grund für einen Konflikt bestehe, abgesehen unsere Verluste infolge der Verletzung amerikanischer Rechte durch deutsche U-Bootskommandanten, die auf Grund ihrer früheren Instruktionen handelten, wieder gut gemacht werden müßten. Die Erklärung sagt weiter: Unser Konflikt mit England kann nicht der Gegenstand einer Besprechung mit Deutschland werden. Es muß bemerkt werden, daß unsere Verhandlungen mit der englischen Regierung unwiderleglich auf Grund von bestehenden Vertragsverpflichtungen geführt werden müssen. Außerdem haben wir Vertragsverpflichtungen über die Art, in der die schwebenden Konflikte zwischen den beiden Regierungen verhandelt werden müssen. Wir haben Deutschland vorgeschlagen, ähnliche Verpflichtungen mit uns einzugehen. Deutschland hat diese Vorschläge zurückgewiesen. Wenn jedoch der Gegenstand unseres Konfliktes mit Deutschland weiterhin das Leben von Amerikanern bedroht, so wird es zweifelhaft, ob überhaupt derartige Verpflichtungen in Frage kommen können, wenn nicht die Bedrohungen während der Verhandlungen eingestellt werden.

Ein amerikanisch-englisches Geheimabkommen?

Aus Anlaß des letzten Notenaustausches zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten weisen die Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland auf das im März 1915 in New York von The Century Co. veröffentlichte Werk des Herrn Roland G. Usher, Dr. phil., Professors der Geschichte an der Washington Universität in St. Louis hin. Auf den Seiten 420 und 421 dieses Buches finden sich höchst beachtenswerte Ausführungen, die in der Uebersetzung folgendermaßen lauten:

„Die wahre Politik der Vereinigten Staaten hat daher ohne Zweifel in einem festen Bündnis mit der größten Seemacht zu bestehen, die in ihrem eigenen Interesse unsere Verteidigungsschwächen für uns schlagen und als Entgelt für unseren wirtschaftlichen Beistand unsere berechtigten Bestrebungen in Südamerika und im fernen Osten fördern würde. Eine derartige Verständigung besitzen die Vereinigten Staaten bereits mit England. Kraft ihrer sind wir heute maßgebend in der westlichen Erdhälfte, sind wir die Eigentümer des Panamakanals, die Besitzer der Philippinen und üben starken Einfluß aus in den Angelegenheiten des lateinischen Amerika. . . . Durch ein solches Bündnis haben wir bereits mehr erreicht, als wir durch eine wahrhaft ungeheure Rüstung hätten erringen können. Die Seemacht war in der Lage, uns zu geben, was wir wünschten, ohne daß wir selbst dafür zu kämpfen brauchten, und ohne daß sie von uns den Kampf für seine Erlangung oder Behauptung forderte. Solange wir mit der Seemacht für alle Möglichkeiten verbündet sind — mag dieses Bündnis schriftlich niedergelegt sein oder nur als ein stillschweigendes Einverständnis bestehen, das in jedem Augenblick abgeändert werden kann —, können wir davon ganz dieselbe Geltung erwarten, die wir vernünftigerweise hoffen könnten, durch Waffenrüstung zu erlangen.“

Professor Usher, der in dem Vorworte zu seinem Buche seine gewissenhafte Unparteilichkeit mit ganz besonderem Nachdruck hervorhebt, stellt also in einem, der geschichtlichen Darstellung der politischen Lage im gegenwärtigen Kriege gewidmeten wissenschaftlichen Werke die amerikanisch-englische Bundesgenossenschaft als geschichtliche Tatsache hin. Und in der Tat sind unsere amerikanischen Erfahrungen des letzten Jahres recht dazu geeignet, uns von der Wahrheit dieser Behauptung zu überzeugen. Die Art, wie Wilson nun-

Stark als Druck